

Volksblatt

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle. Bezirk Merseburg

Das "Volksblatt" erscheint mit Beilagen. Es ist Substitutions-Organ der ortsständlichen und gewerkschaftlichen Organisationen und amtliches Organ verschiedener Behörden. Schriftleitung: G. Wärfertstraße 6. Fernsprech-Anschlüsse Nr. 24603, 24607, 26605. Besondere Anzeigenfristung mittags von 13 bis 14 Uhr. - Invertiert einsehenden Manuskripten ist Reis des Rückporto beizufügen.

Bezugspreis monatlich 1,50 und 1,20 RM. Zustellungsgebühr, insgesamt 2,10 RM., für Abnehmer wohnhaft 0,45 RM. Postbezugspreis 2,10 RM., durch Behörden zugerechnet 2,50 RM., bei direkter Einlieferung an den Verlag 2,40 RM. - Einzelnenpreis 13 Pf. im Einzelnen- und 80 Pf. im Refraktariat der Reichsminister, Hauptgeschäftsstelle: G. Wärfertstraße 6. Fernruf 24603, 24607, 26605. Postfachnummer 20319. Einzel.

Der Reichstag tritt am Dienstag nicht zusammen / Sitzung am 31. Januar? Hitler freist, verschleppt und toleriert weiter Die Nazis wollen aus Angst vor der Verantwortung die Volksvertretung auf mehrere Monate ausschalten!

Der Kesselreifer des Reichstags beschloß am Freitagvormittag, den Reichstag zu Dienstag, den 31. Januar, einzuberufen.

„Wir sind entschlossen, jeden Kampf zu wagen“, drohte am Freitagmorgen Goebbels der Regierung.

Am Abend des Freitag aber stellten die Nazis im Kesselreifer den Antrag, den Zusammentritt des Reichstags auf unbestimmte Zeit zu verschieben. So schnell ist ihre Kampfbereitschaft durch Verkündigungs-sucht erlosch worden. Als sie mit ihrem Antrag allein blieben, stimmten sie einem Zeitumsatz an, daß der Reichstag erst am 31. Januar zusammentreten solle. Aber auch für diese Sitzung soll erst am 27. Januar in einer neuen Sitzung des Kesselreifers die Tagesordnung festgelegt werden. Beide Beschlüsse wurden gegen den Widerstand von Sozialdemokraten und Kommunisten gefaßt.

und die Nazis vor der Abrechnung stellt.

Nach dem Beschluß des Kesselreifers bleibt die politische Zukunft ungewiß und ungeklärt. Es besteht nicht nur keine Sicherheit, daß der Reichstag am 31. Januar zusammentritt, sondern die große Wahrscheinlichkeit, daß sich in einer Woche neuerdings die Mehrheit, gebildet aus Nazis und bürgerlichen Parteien, wieder zusammenfindet, um eine neue Verfassung des neuen unzusammen Reichstags zu beschließen. Die Nazis sind auf dem besten Wege, endgültig ihren Forderungen zu machen mit den übrigen bürgerlichen Parteien. Ob das mit Herrn Schleicher oder gegen ihn, ob mit Herrn Papen oder ohne ihn und mit einem anderen Reaktionsführer

geschloß, darüber sind sich die Herrschaften einzuweilen noch nicht einig.

Das ist der Streik, über den in der nächsten Woche eine Entscheidung getroffen werden soll. Selbstverständlich auf Kosten des werktätigen Volkes, das den Verrat der Nazis zu bejahren haben wird.

Die damalige Haltung der Sozialdemokratie ist also fast durch die Kommunisten anerkannt worden.

Nationalsozialisten und Deutschnationalen benutzten die Gelegenheit, um die Angriffe des Unternehmers gegen die eigenen Betriebe der Krantentafel und gegen die Krantentafelungen zu wiederholen. Ihre arbeitserfindliche Einstellung kam noch einmal zu Ausdruck, als die Sozialdemokraten nach der Beratung der von ihnen eingebrachten Anträge zugunsten der Arbeitern aufstanden forderten. Die bürgerliche Mehrheit wollte davon nichts wissen. Sie stimmte dem Vorschlag des Ausschußvorsitzenden Dr. Brauns zu, daß zuerst die eingelaufenen Petitionen herbeigeholt werden sollten.

Sozialdemokratie für die Wiederherstellung der früheren sozialen Leistungen Neue sozialpolitische Erfolge

Eigener Bericht

Die Sozialdemokratie hat in ihrem Kampf für die Wiederherstellung der sozialen Leistungen auf den früheren Stand wieder einen wichtigen Erfolg errungen.

Am Sozialpolitischen Ausschuß der Reichstags wurde am Freitag ein sozialdemokratischer Antrag angenommen, wonach die durch Rotterordnung und Krankenversicherungsgesetz und Rezeptgebühr aufgehobenen Sozialversicherungsbeiträge wieder herzustellen sind. Staatsrat Dr. Grieser vom Reichsarbeitsministerium behauptete allerdings, daß die Zeit für die Aufhebung dieser Sonderbestimmung noch nicht gekommen sei.

wird also durch Bestätigung des Ausschußbeschlusses dafür sorgen müssen, daß die ungewisse Belastung der Versicherten so schnell wie möglich beseitigt wird.

Der Ausschuß stimmte ferner einem anderen sozialdemokratischen Antrag zu, wonach die Vorschriften der Rotterordnung aufgehoben werden die die Gemährung von Mehrleistungen durch die Krantentafel unterbindet. Mit Unterstützung der Sozialdemokraten wurde dann ein kommunistischer Antrag angenommen, der die Verbesserungen der Juli-Rotterordnung vom Jahre 1930 erhalten wissen will. Dieser Antrag war insofern bemerkenswert, als die Kommunisten damals die ganze Rotterordnung aufheben wollten, während die Sozialdemokratie die darin enthaltenen Verbesserungen anerkannte und durch

Verhandlungen mit der Regierung noch weitere Zugeständnisse erzielte.

Die damalige Haltung der Sozialdemokratie ist also fast durch die Kommunisten anerkannt worden.

Nationalsozialisten und Deutschnationalen benutzten die Gelegenheit, um die Angriffe des Unternehmers gegen die eigenen Betriebe der Krantentafel und gegen die Krantentafelungen zu wiederholen. Ihre arbeitserfindliche Einstellung kam noch einmal zu Ausdruck, als die Sozialdemokraten nach der Beratung der von ihnen eingebrachten Anträge zugunsten der Arbeitern aufstanden forderten. Die bürgerliche Mehrheit wollte davon nichts wissen. Sie stimmte dem Vorschlag des Ausschußvorsitzenden Dr. Brauns zu, daß zuerst die eingelaufenen Petitionen herbeigeholt werden sollten.

Döfhilfe-Kunstvertraulich?

Erklärungen des Ministers von Braun / Die Furcht der Agrarier vor der Öffentlichkeit

Der Reichsernährungsminister von Braun hatte sich über Nacht bekümmert. Gestern erklärte er im Haushaltsausschuß des Reichstags, er werde auch über jeden Einzelfall der Döfhilfe alle geforderte Auskunft geben. Er bitte aber für diese Erörterungen um vertrauliche Beratung. Der Haushaltsausschuß nahm diese Erklärung vorerst debattelos zur Kenntnis.

Der Minister erklärte weiter, daß die auch in einem sozialdemokratischen Antrag geforderte Sicherung der rückständigen Bodenfruchtungen von Sanarbeitsmitteln nicht durchgeführt werden. Das gleiche gelte für die Sicherung und Auszahlung der Sonderkredit in allen Fällen der Döfhilfeanmietung.

Insgeamt würden dieser 600 Millionen gebraucht werden, also das gesamte für die Zwecke festgesetzte Einkommen der Industrieabgabe.

Dazu hat man, wie von sozialdemokratischer Seite schon behauptet worden war, aus dem sogenannten Betriebsversicherungsfonds (Reichsmittel) zwischen 50 und 60 Millionen für die Döfhilfe genommen.

von Sybel, Landbau- und nationalsozialistischer Reichstagsabgeordneter, erklärte, daß er und seine Freunde zu 100 Prozent anderer Meinung seien, als der Wirtschaftsminister von Braun, der vor einigen Tagen im Haushaltsausschuß seinen agrarsozialistischen Standpunkt dargelegt habe.

meine Prüfung aller Döfhilfsmittel durch den Rechnungshof des deutschen Reiches und beschleunigten Sonderbericht an den Haushaltsausschuß.

Nazis für Junfer!

Bestehend ist im Ausschuß die Haltung der Nazis. Wähler haben sie für das ständliche Treiben mit der nationalsozialistischen Verwendung von Millionen an die Junfer sein Wort der Beistand gegeben. Ihr Redner, der Abg. Sybel, im Hauptberuf lebenslanglich angestellter Direktor des Reichslandbundes und Reichler eines Großkommunens, hat im Gegenteil alles zu beschleunigen versucht, ihm ist die Hilfe für Junfer abgelehnt. Junfer aus Reichsmitteln noch nicht ausreicht!!!

Der Leiter der Döfhilfe, Ministerialdirektor Reichardt erklärte, er werde dem Haushaltsausschuß jede gewünschte Auskunft geben. Entscheidungsvorhaben haben über 72 000 Betriebe beantragt, über 200 000 davon sind als nicht sanierungsfähig und aus anderen Gründen abgelehnt worden. Rund 12 000 Betriebe

Die Sozialdemokraten haben zur Sicherung der Döfhilfe zwei Anträge eingebracht. Der erste verlangt, dem Haushaltsausschuß umgehend eine Arbeitsschicht über die bis zum 31. Dezember 1932 in der Döfhilfe vorhandenen 722 Einzelfällen innerhalb der Betriebsgrenzen zwischen von 100 bis 500 Hektar und über 500 Hektar nach einem bestimmten Fragebogen vorzutragen; Der zweite verlangt eine sofortige allge-

Die Verhandlungen zwischen Hitler und Hugenberg über die Erneuerung der Garzburger Front sind ergebnislos abgebrochen worden. Die Herren konnten sich über die Verteilung des Geldes des Wären nicht einigen, vor allem nicht über die Förderung Hitlers, daß die SA in die staatliche Organisation eingebaut werden soll.

Welche politischen Absichten mit dem neuen Vertrag des Reichstags verbunden sind, war aus den Erklärungen der Deutschnationalen und der Reichsregierung deutlich zu entnehmen. Staatsrat Dr. Grieser erklärte, daß eine längere Vertagung des Reichstags sei für die Regierung nur erträglich, wenn sie mit einer Klärung der politischen Lage verbunden sei. Und wenn der Sprecher der Deutschnationalen, Abg. Oberhofen, meinte, der Reichsmagistrat der letzten Wahltag müsse bald ein Ende bereitet werden, aber ob das im Reichstag zu geschehen habe, sei eine andere Frage, so ließ auch das erkennen, daß man die bereits eingeleiteten Verhandlungen mit den Nazis nicht vorzeitig aufheben oder gar führen wollte.

Das hinterlistige Verhalten der Nazis, die in der Dunkelkammer des Kesselreifers das Gegenteil von dem in was sie draußen in der Öffentlichkeit mit tausend Eiden beschwören, wäre aber nicht erfolgreich gewesen, wenn es nicht Unterstützung durch das Zentrum gefunden hätte. Der Abgeordnete Bell, der in der Kesselreifersitzung vom 4. Januar den 26. Januar als endgültigen Termin für den Zusammentritt des Reichstags vorschlug, stellte am Freitag den Antrag, den Zusammentritt bis zum 31. Januar hinauszuverschieben. Das Zentrum hat also, was die Nazis vor der gesellschaftlichen Kritik des Reichstags zu bemerken, die Hand gefaßt zu einer Weiterführung des Justizprozesses mächtiger Eliten, das ist Wochen das politische Leben vergiftet.

Die SA. kämpft „gegen das gewinnstüchtige Bonzenium der mittelfränkischen Nazi-Gauleitung“ Bruch und Krach im Hitler-Lager

Berückung in allen Himmelsrichtungen / Stegmanns „Freikorps Franken“ verläßt mit ihm die NSDAP.

Die Meldungen über den Beisein im Hitler-Lager mehren sich von Tag zu Tag. Wie geben untenstehend eine Aufzählung von den letzten 24 Stunden. Es ist selbstverständlich, daß Hitler mit einer solchen Garde keinen neuen Wahlkampf führen kann. Neben dem Volksgesetz fürchtet Hitler den finanziellen Zusammenbruch und den Krieg im eigenen Lager.

Eigener Bericht

München, 20. Januar.

Der schwere Konflikt zwischen der fränkischen SA. und Hitler ist in ein neues Stadium getreten. Der abgeteilte Gruppenführer von Franken, Reichstagsabgeordneter Stegmann, hat seine am letzten Sonntag Hitler persönlich abgegebene Unterwerfungserklärung zurückgegeben und ist mit dem unter seiner Führung gebildeten „Freikorps Franken“ aus der NSDAP ausgetreten. Dem Beispiel der SA. ist bereits eine große Anzahl der jüngsten Ortsgruppen gefolgt, andere haben die Weiterzahlung der Beiträge gelupert, so daß durch diese Maßnahmen die ganze Hitler'sche Frontens in voller Auflösung begriffen ist.

Den unmittelbaren Anlaß zu diesem vollkommenen Bruch bildet das Vorgehen von Hitler als Gauleitung in Nürnberg gebalteten Stegmann-Clique, die trotz der persönlichen Unterwerfungserklärung Stegmanns die ihm treu gebliebene SA. durch Parteibehalt aus der Bewegung ausschloß. Telegraphische Verhandlungen mit Hitler blieben ergebnislos. Selbst die Forderung, daß der Draf am kommenden Sonntag zu Verhandlungen nach Nürnberg kommen werde, verminderte die maßlose Erbitterung der Brauntriergarde nicht mehr zu dämpfen. Der Beschluß zum letzten Kampfmittel gegen das gewinnstüchtige Bonzenium der mittelfränkischen Gauleitung wurde in einer Sitzung familiärer Unterführer der fränkischen SA. gefaßt, nachdem Hitler die telegraphische Aufforderung, das Unrecht an Stegmann wieder gutzumachen, brüst abgelehnt hatte. Die Solidarität der SA., die angeblich von der SS. Franzens mit möglicherweise Unternehmungen verfolgt wird, bewog schließlich Stegmann doch, offen als Rebelle gegen die Partei an die Spitze des „Freikorps Franken“ zu treten, das finanziell von zahlreichen Ortsgruppen gesüßt wird.

Beränderungen in Anhalt

Eigener Bericht

Deffau, 20. Januar.

Die Zerlegung der Nationalsozialistischen Partei und ihre finanziellen Schwierigkeiten, die aus allen Teilen des Reiches gemeldet werden, zeigen sich jetzt auch in Anhalt.

Kürzlich wurde der Gauleiter für Magdeburg-Anhalt, der Deffauer Bürgermeister Hofmann, öffentlich abgesetzt und durch den früheren Gauleiter Reichstagsabgeordneten Epper abgeseht. Dieser Personalwechsel hat jetzt zu neuen tiefen Auseinandersetzungen innerhalb der NSDAP geführt, die nach berühmtem Muster durch Lästlichkeiten ausgetragen werden.

In Deffau haben die Nazis vor nicht allzu langer Zeit ein Hitler-Haus aus dem Grundstücken eines früheren Hofhofes einmietet, dessen Räume sie reiflich für ihre Partei gemietet haben. Diese Verhältnisse wurden für einige große Verhandlungen wieder räumen. Gleichzeitig haben sie ein Büro für den Gruppenführer Hitler aufgegeben, so daß auch nach außen hin die Verbesserung der Partei und ihrer Einrichtungen erkennbar wird.

SA-Meuterei in Stuttgart

Eigener Bericht

Stuttgart, 20. Januar.

Ueber die bei den Stuttgarter Nationalsozialisten bestehenden Verhältnisse macht die sozialdemokratische „Schwäbische Tagwacht“ Mitteilungen, die auf den baldigen Ausbruch eines ähnlichen Skandals schließen lassen, wie er in Nürnberg zugange trat.

Zwischen dem in der Goethestraße gelegenen Haus und dem SA.-Heim in der Lirnanstraße besteht ein schon ausgeprägtes gegenwärtiges Verhältnis, dem bereits schon wiederholt Meutereien und Schlägereien in den Sturmtotaleen entstanden sind. Die Herren vom Braunes Haus schafften die SA.-Leute und bedehnen sich besonders des im SA.-Heime tätigen Kochs. Dadurch ist bei den SA.-Leuten ein Haß gegen das Braunes Haus entstanden, der sich schon in Drohungen entladen hat wie: „Wenn es einmal losgeht, dann kommen zuerst die Herren vom Braunes Haus dran!“ Die SA.-Leute befürchten sich auch darüber, daß Gelder, die für das Heim und für die Arbeitslosen gesammelt wurden, diesen Zwecken nicht zugewendet werden sind. Sineu kommen Beschwerden über die Verhält-

nisse im Heim selbst. Nicht nur, daß auch hier der Homosexuellismus sich in widerwärtiger Breite meidet, sondern vor allem müssen die Arbeitslosen im SA.-Heim geradezu Hunger leiden.

Hat doch die Gauleitung schon einmal nicht gefaßt, daß dem Braunes Haus wegen Nichtbezahlung der Elektrizitätsrechnung das Licht gesperrt worden ist. Infolge dieser Geldverweigerung der Kameradenbeschlüsse keine Seltenheit.

Das schlimmste aber sollen die Zustände in der Küche sein, aus der die wertvollsten Spenden „ins Unbekannte“ verschwinden. Dabei lauft die Küche nicht etwa bei den Spenden aus den Kreisen des Einzelhandels ein, sondern in den „jüdischen Warenhäusern“, bedient aber werden die höheren Breiten des Einzelhandels.

Aufordnung mit Meinel

Bei den „nationalen Erneuerern“ ist nichts unmöglich

Eigener Bericht

Koblenz, 20. Januar.

Dem Nazigauleiter Simon aus Koblenz ist von der sozialdemokratischen „Rheinischen Zeitung“ die Verteilung zum Meinel nachgewiesen worden. Der Meinel ist von einem SA.-Mann zugunsten des Gauleiters gefaßt worden.

Simon hat bei der von den Koblenzer Nazis im Jahre 1932 veranstalteten germanischen Sommerfeier die Festsprache gehalten und die Erneuerung Deutschlands durch germanische Jugend, Ehre und Keuschheit gepredigt. Gleich darauf schlug er sich mit einer Nazi- und Germanenjüngler in die Büsche. Der Vater des Rühmens wollte sich diese Aufzucht seiner jungen Tochter nicht gefallen lassen, aber Simon, der Nazi, bemerkt breite den Spiel um und verlegte die Rede wegen Beleidigung. Der Draf gelang und das Gericht verurteilte den Beklagten. Die „Rheinische Zeitung“ ist jetzt in den Besitz eines sakramentalen Briefes der SS.-Standarte Brühl gelang, aus dem hervorgeht, daß der Gauleiter und Führer Simon seinen Vater für einen Meinel gegen den Vater des Rühmens gedungen hat und ihm dafür eine monatliche Geldunterstützung zukommen läßt.

So werden „NSD.-Erfolge“ erzielt

Unglaublicher „Klassenkampf“-Schwindel über Gewerkschafts Siege

Halle, den 21. Januar.

In großen Schlagzeilen herbeizieht die kommunistische Presse über einen „Oppositionskrieg“ im Fabrikarbeiter-Verband. Triumphierend schreibt dazu die „Rote Fahne“ Nr. 8 vom 10. Januar 1933: „So werden Erfolge erzielt.“ Diesmal hat die NSD., angeblich bei der Ortsverwaltungsnah des Verbandes der Fabrikarbeiter in Bügen eine große Schlacht geschlagen und einen übermächtigen Sieg errungen. Nach der Art des Berichtes könnten Zweifel aufkommen, ob die vor 300 Jahren zwischen dem Deeren des Schwedenkönigs Adolf und Wallenstein geschlagene Schlacht oder die bei der jetzigen Ortsverwaltungsnah stattgefundenen für die Weltgeschichte größere Bedeutung hat. Der in Leipzig gedruckte „Klassenkampf“ brachte in seiner Nummer vom 23. Dezember 1932 auf der Titelseite und in der üblichen knalligen Aufmachung einen Bericht, in dem behauptet wird, daß es „vornwärts“ ginge in Gewerkschaft und Betrieb und die Ortsverwaltung Bügen des Fabrikarbeiter-Verbandes „zerbrochen“ worden sei. Das Rubrikathema lautete:

„Die Reueuten für die Ortsverwaltung der Fabrikarbeiter-Verbandes brachten erneut einen glänzenden Sieg der Opposition. Die freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter haben eine Antwort an den Seipart-Auss in den Gewerkschaften erteilt, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt. Die gesamte Ortsverwaltung, Bevollmächtigter, Stellvertreter und drei Vorgesetzte wurden restlos von der Opposition befreit. Dieser neue Sieg der Gewerkschaftsopposition konnte errungen werden, obwohl die Reueuten einseitig über ihren Hingebung, der Reueuten und Brandbriefen, alles versucht hatten, sich in dieser Generalversammlung zu baupten.“

„So der „Klassenkampf“. Was aber tatsächlich in Bügen passierte, ist aus der folgenden Erklärung zu ersehen, die von den neu gewählten Funktionären der Ortsgruppe Bügen zu der Angelegenheit abgegeben worden ist:

Der in der kommunistischen Zeitung, im „Klassenkampf“ Nr. 297 vom 28. Dezember

Weltwirtschaftskonferenz

Ohne internationale Arbeitsbeschaffung

Die Tagesordnung der Weltwirtschaftskonferenz, die loeben veröffentlicht wird, enthält nach allen durch die Presse gegebenen Mitteilungen nicht die internationalen öffentlichen Arbeitsbeschaffung. Das berührt sehr merkwürdig. Bisher konnte man nach dem ganzen Verlauf der Vorbereitungen der Konferenz bestimmt damit rechnen, daß sie sich um das Problem der internationalen öffentlichen Arbeitsbeschaffung Stellung nehmen werde. Jetzt sieht es ganz so aus, als ob die Forderung der internationalen Sozialpolitik umgangen werden soll.

Stimmungsumschwung in England

London, 20. Januar.

Eine Nachwahl zum englischen Unterhaus befähigte wiederum den politischen Stimmungsumschwung in England. Die Konventionen hatten ein Mandat in Liverpool zu verleiern. Sie reiteten es mit 15 988 Stimmen gegen rund 20 000 im Jahre 1931. Die Stimmenglieder des Kandidaten der Arbeiterpartei stieg von rund 10 000 auf 12 412.

Mount-Cheest-Expedition

Am Freitag reiste die aus 14 Mitgliedern bestehende Mount-Cheest-Expedition unter Führung des Alpinisten Rutledge nach Bengalen ab. Die Expedition beschließt, Mitte März mit einem Trup von 80 Trägern, zahlreichen Lastochsen, Feln und Maulteilen den auf fünf Wochen berechneten, durch Tibet führenden March nach dem unterhalb des Mount-Cheest-Gipfels vorgelegenen Lagerplatz anzutreten. Der eigentliche Aufstieg ist für Ende Juni geplant.

Poelzig zurückgetreten

Der Architekt Professor Hans Poelzig hat sein Amt als Vizepräsident der Preussischen Akademie der Künste niedergelegt. Dieser Amtsvorgang ist auf eine beschlußfassende Versammlung zurückzuführen, für die die deutschnationalen Kommissare im Kultusministerium natürlich ein „müßiges Ohr“ hatten.

Für die Landarbeiter!

Schutz gegen die rüchlichsten Großbauern

Im Haushaltsausschuß des Reichstags hat die Sozialdemokratie zum Schutze der durch das Sicherungsgesetz erfahren in der Chiffre geführten Landarbeiter folgenden Antrag eingebracht: „Der Reichstag wolle beschließen: die Reichsregierung zu erziehen, zur Sicherung der rüchfrändigen Wohnansprüche der Arbeitnehmer, die durch die Chiffre und sonstige Maßnahmen zugunsten der landwirtschaftlichen Arbeiter in verstärktem Maße, besonders im Osten Deutschlands, eingetretten sind, mit aller Beschleunigung zu veranlassen, daß diese Wohnansprüche, die auf Grund der Sicherungsvorschriften vom 17. November 1931 (Reichsgesetzbl. S. 675) und der Verordnung über landwirtschaftliche Vermittlungsverfahren, Veröffentlichung und Wächtergesetz vom 27. September 1932 (Reichsgesetzbl. I S. 473) nicht beigegeben werden konnten oder können, das Vordrecht im Kontrakt-falle auf die Zeitgrenze des § 61 Abs. 1 der Konturversicherung gesichert wird.“

Braunkrieg gegen Film

Mit Spaten gegen Leinwand

Eigener Bericht

Braunschweig, 20. Januar.

In eine hauptsächlich von Arbeitern beladene Vorführung des Kriegsfilms „Im Westen nichts Neues“ zu Fallersleben drang eine 1200köpfige SA-Bande aus Braunschweig, die sich sofort mit Spaten an die Zerstörung der Leinwand machte. Nur mit Mühe konnte eine Saalkolonne verhindert werden. Zwei händiger konnten die Störung der Aufführung nicht verhindern. Die braunen Bandenriensbrecher, die vor dem Kino weiterlärmen, erreichen tatsächlich ein Verbot der Aufführung.

Fallersleben ist ein preußischer Ort an der braunschweigischen Grenze. Er ist bekannt als Heimatort des Dichters des Deutschlandhebes, Hoffmann von Fallersleben. Die braunen Banden aus Kassel haben es also glücklich dahin gebracht, daß auch preußische Orte unter ihren Terror gestellt werden und daß preußische Behörden das Objekt der Störung verdienen, weil sie sich der Subjektivität nicht erwehren können.

Der korruptivele Naziladen

Der altpreussische Gauleiter der NSDAP, Koch hat nach großem Krach mit seinem Parteifreund Buller den Druck des offiziellen Dragens der altpreussischen Bandenwirtschaftsminister einer Zerküpfung zugestimmt, an der er selbst beteiligt ist. Die nationalsozialistische Mehrheit der Bandenwirtschaftsminister hat beschloßen, dieser Firma den Druck zu übergeben.

Nach diesem Beschluß mußte der Boden des Herrn Koch für diesen Draufauftrag erst eingeleitet werden. Kaufmännischer Leiter des Bodens ist ein Viehhändler. Leiter der Spinnmaschinenabteilung ein Schneider und Leiter der Druckerei ein Tischler. Als die Leitung der Bandenwirtschaftsminister die Druckerei beschloß, fand sie leere Räume und eine all gefaßte Rotationsmaschine an, die aber nur die Druckwalzen fehlten. Als die Druckmaschinen endlich vorhanden waren, verbot die Spinnmaschinen die Inbetriebnahme, da die Maschine nicht auf entsprechendem Untergrund stand. Als der Betrieb trotzdem eröffnet wurde, nahm die Polizei die Maschinen unter polizeilichen Verhütung im übrigen: Handwerker, Maschinenreparatur, Handdruck und Buchdruck, einem einzigen Raum, wor von den Arbeitern Zerküpfung verlangt, nicht einlassen, und der hauptkassierliche Dr. Bau lagte kurz und grob: „Das ist keine Druckerei, das ist eine Abzucker!“ Aber Herr Koch ist daran beteiligt. Die Bandenwirtschaftsminister hat ihm den Draufauftrag zugestimmt, und so ist alles in besser Ordnung. Wehe dem, der da von Korruption rebet!

Das ewige Leben . . .

In der Wohnung eines Apothekers in Hannover wurde die Leiche einer Frau gefunden, die teilweise mumifiziert, teilweise aber stark in Verwesung übergegangen war. Die Frau ist vor Jahresfrist an einem Gallenleiden gestorben. Der Ehemann, der offenbar gottesfürchtig ist, mußte den Tod aber nicht der Schwäche, sondern behauptet die langsam veratende Leiche in seiner Wohnung. Oft scheint er wieder zu sprechen zu haben. Als Spiritist glaubt der Apotheker an eine Wiedererweckung der Toten. Er wurde in die Provinzialheil- und Pflegeanstalt gebracht.

Ganz wie bei uns!

Spanische Unratskabel werden Bomben Am Freitagabend gegen 10 Uhr warfen Anarchisten zwei Bomben durch ein Fenster in das Madrid'sche Volkshaus, in dem eine sozialistische Versammlung stattfand. Der Hauswart ergriß eine der Bomben und warf sie auf die Straße, wo sie explodierte. Die zweite Bombe lagte im Volkshaus und riefte großen Schaden an. 15 Personen, darunter fünf Frauen, wurden zum Teil schwer verletzt.

Kreis Merseburg

Die Arbeiterwohlfahrt Schaffstädt hält Rückschau

Schaffstädt. In der Generalversammlung der Arbeiterwohlfahrt, Ortsgruppe Schaffstädt, erhaltete die Vorstandsmitglieder...

Es ist ihm festzustellen, daß am Schluß des Geschäftsjahres ein Mitgliedszuwachs zu verzeichnen war...

Das Landvolk. Woher soll man seine Arbeit bekommen? Wir können nur empfehlen, den Boden...

Kreis Querfurt

Unfall infolge Glätte

Mücheln. Infolge ungenügender Kanalisation bildet sich jetzt durch die Hausabwässer...

Kreis Dessau

Eilenburg

Achtung! Folgebetrüger!

In der Donnerstagsversammlung angelegte Folgebetrügerfahndung findet nicht am 210 Uhr statt...

Verpuffte Streikaktion der SPD.

Auf der Suche nach einer zugänglichen Agitationsnummer sind die Kommunisten diesmal auf die Fährgefahr verfallen...

Don 100 Fährgefahrarbeiten waren etwa 40 erlöschten, die den Streik für die Forderungen...

Die Wirtschaft der Kommunisten erstreckte sich gegen die kommunistische Aktion...

Yaalkreis

Kochmahlige Gemeindevorsteherwahl in Ammendorf

Kommunisti Wollmann zum zweitenmal gewählt

Kommisär der Stadt-Regierung und Nachfolger eines Sozialdemokraten

Amundorf, den 20. Januar.

Nachdem dem mit 10 Stimmen vom Gemeindevorsteher gewählten Kommunisten Wollmann die Befähigung verweigert wurde...

Nach der Wahl, die obiges Ergebnis zeitigte, wurde die reichspolitische Tagesordnung...

Ent- und Befähigungsgesellschaft für Eifer-Suppen-Küche

ein heiß umstrittener Punkt. Der amtierende Merseburger Landrat Bähnisch gab...

Einmütigkeit in der Befähigungssache zeigte die Gemeindevorstellung durch die Ablehnung...

Beitragten nicht beschloßen. Aber einen „großen“ Erfolg haben sie doch errungen...

Manfelder Kreise

30 neue Reichsbannerkameraden in einem Monat

Verwärts immer, rückwärts immer! Zeitschrift, 20. Januar.

Das Wüten der Faschisten gegen die Arbeiterpartei und die Kampfvereine...

In der am vergangenen Sonntag stattgefundenen Generalversammlung wurde Kamerad R. Heini als Vorsitzender...

Kreis Sangerhausen

Aufregende Diebesverurteilung

Wieder, 21. Januar. Den den Landwirten Wolf und Pöhl aus Benningen gehörigen Futterbänken...

Mitteldeutscher

Guckkasten

Was der künftige fälschlicherweise Zeitung der nationalsozialistischen Antikräfte im Guckkasten...

Das die nationalsozialistischen Gedanken zum Schaden des deutschen Volkes ausstrahlen...

In Zwickau hat der Arbeiter Otto Wöhler dem Reichsanwalt P. Schlichter die Patenschaft...

Seifers Oskar, der bekannte Sozialmarkthändler aus Leipzig, war in Mitteldeutschland...

In Dessau konnte eine Hochzeit, zu der bereits alle Vorbereitungen getroffen waren...

„Hoffmanns Erzählungen“

29. Januar als Fremdenvorstellung im Stadttheater zu Halle.

Es ist eine eigene Sache um „Hoffmanns Erzählungen“. Für uns, die Menschen der Stadt...

SPD. Unterbezirk

Halle-Saalkreis

Am Sonntag, dem 20. Januar, vormittags 9.30 Uhr, findet in Halle im „Koffpar“...

Kreis Liebenwerda

Stadtverordnetenversammlung in Bad Liebenwerda

Die Finanzlage noch zufriedenstellend

Arbeitsbeschaffung vorgesehen — Keine Separationsbeiträge in diesem Jahre — Ein sozialdemokratischer Antrag zugunsten der Erwerbslosen angenommen

Sab Liebenwerda, den 19. Januar.

Am Dienstagsabend waren unsere Stadtwähler zu ihrer ersten Sitzung im neuen Jahr...

Nach der Stadt finanziell nicht schlecht, trotzdem bei seiner Steuer der Vorantrag...

Auch zum außerordentlichen Etat wurden einige Ergänzungen gegeben...

Im nächsten Jahresausweis zu urteilen, liegt die Stadt finanziell nicht schlecht...

Auch zum außerordentlichen Etat wurden einige Ergänzungen gegeben...

Im nächsten Jahresausweis zu urteilen, liegt die Stadt finanziell nicht schlecht...

Im nächsten Jahresausweis zu urteilen, liegt die Stadt finanziell nicht schlecht...

Arbeitsbeschaffungsprogramm hat die Stadt einen Kredit von 50 000 M. angemeldet...

Während wäre, daß die Stadt auch das Geld erhält, damit Arbeit beschafft werden kann...

Wortlich beim Gelauf!

Wahlberg, Funkschein und Treiben herrscht noch immer auf dem Gise des alten Eibarnes...

Eintrag im Konsum-Bericht.

Hallenberg. Die filiale Liebig des Konsum-Berichts...

Eintrag im Konsum-Bericht.

Hallenberg. Die filiale Liebig des Konsum-Berichts...

Eintrag im Konsum-Bericht.

Hallenberg. Die filiale Liebig des Konsum-Berichts...

Hallenberg. Die filiale Liebig des Konsum-Berichts...

